

**Deputation für Bildung**  
**(staatlich)**  
**Sitzungsprotokoll der 31.Sitzung**

15. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 1999 - 2003

Sitzungstag <b>31.10.02</b>	Sitzungsbeginn <b>10.00 Uhr</b>	Sitzungsende <b>11.35 Uhr</b>	Sitzungsort <b>Rembertiring</b>
--------------------------------	------------------------------------	----------------------------------	------------------------------------

**Teilnehmer/innen:**

siehe anliegende Anwesenheitsliste

**Tagesordnung:**

- |        |  |                     |
|--------|--|---------------------|
| TOP 1  | Genehmigung der Tagesordnung   |                     |
| TOP 2  | Genehmigung des Protokolls vom 12.09.02  |                     |
| TOP 3  | Verschiedenes  |                     |
| TOP 4  | Studentafeln für die Jahrgangsstufen 1 bis 10  | Vorlage L 152       |
| TOP 5  | Bericht über den Stand der Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe   | Vorlage L 154/G202  |
| TOP 6  | Errichtung von offenen Ganztagschulen im Lande Bremen  | Vorlage L 155/G204  |
| TOP 7  | Prüfungsanforderungen für die berufsbildende Fachrichtung Elektrotechnik-Informatik und die berufsbildende Fachrichtung Metalltechnik im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an öffentlichen Schulen | Vorlage L 156       |
| TOP 8  | Maßnahmen und Zeitplan zur Umsetzung der Senatsbeschlüsse vom 10.09.02   | Vorlage L 157/G205  |
| TOP 9  | Haushalt 2002 Haushaltmäßige Umsetzung der Neuordnung von bisher abgeordneten Lehrkräften an andere Ressorts   | Vorlage L 158/G 206 |
| TOP 10 | Haushalt 2002 Nachbewilligung für Privatschulen  | Vorlage L 159       |
| TOP 11 | Beratungsschwerpunkte der 299. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister u. -senatoren der Länder in der Bundesrepublik Deutschland am 17./18. Oktober 2002 in Würzburg                           | Vorlage L 160       |
| TOP 12 | Änderung des Schulgesetzes und des Schulverwaltungsgesetzes  | Vorlage L 161       |

Senator Lemke begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**TOP 1      Genehmigung der Tagesordnung**

---

Die Tagesordnung wird ohne Änderung genehmigt.

**TOP 2      Genehmigung des Protokolls vom 12.09.02**

---

Das Protokoll vom 12.09.02 wird ohne Änderung genehmigt.

**TOP 3      Verschiedenes**

---

1. Die Antwort auf die Anfrage von Herrn Rohmeyer zur **Neuordnung der Behörde** wurde verschickt.
2. Die **Deputationstermine bis Mai 2003** wurden verschickt und wie vorgeschlagen beschlossen (s. Anlage zum Protokoll).
3. Der **Berufsbildungsbericht 2002 des BMBF** wurde verteilt.
4. Herr Bürger und Herr Brumma fragen, gibt es Planungen zur **Ausbildung von Lehrkräften mit Kaufmännischer Fachrichtung** und welche Kooperationen gibt es diesbezüglich mit der Uni Oldenburg?
5. Herr Brumma und Herr Rohmeyer bitten um einen **Bericht über die Privatschulen im Lande Bremen**, dabei sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:
  - Schulgeldentwicklung
  - Verbleiberquote
  - Öffnung zum Stadtteil
  - Einsparung des Landes durch den Besuch von Privatschulen
  - Arbeitsverhältnisse der Lehrkräfte
  - Beteiligung von Eltern und Schülern
  - Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten

Senator Lemke sagt eine Beantwortung der Fragen zur nächsten Sitzung zu.

**TOP 4      Stundentafeln für die Jahrgangsstufen 1 bis 10**

**Vorlage L 152**

---

Herr Rohmeyer beantragt, den Beschlussvorschlag zu erweitern: „Die Deputation fordert den Senator für Bildung und Wissenschaft auf, bis Januar 2003 ein Konzept für die curriculare Umsetzung des Abiturs nach 12 Jahren vorzulegen.“ Herr Fries lobt, dass es in der Primarstufe z. B. möglich sei 45 Min. Blöcken aufzulösen. Er bedauert, dass sich diese Regelung nicht in der Sek. I Stufe wiederfinde. Er kritisiert, dass der naturwissenschaftliche Unterricht in der Hauptschule nicht gestärkt werde. Herr Henschen erklärt, dass die Lösung für die Hauptschule die integrierte Naturwissenschaft sei. Herr Fries schlägt vor, den Beschlussvorschlag nach Jahrgangsstufen 1-4 und 5-10 getrennt abzustimmen.

**Beschluss:** (Bzgl. der Jahrgangsstufe 1-4 einstimmig, bzgl. der Jahrgangsstufe 5-10 und der Beschlussergänzung gegen die Stimme von Bündnis 90/DIE Grünen.)

Die Deputation stimmt den vorgelegten Stundentafeln für die Jahrgangsstufen 1 – 10 der allgemeinen Schulen sowie den dazugehörigen Ausführungs- und Übergangsbestimmungen zu.

Die Deputation fordert den Senator für Bildung und Wissenschaft auf bis Januar 2003 ein Konzept für die curriculare Umsetzung des Abiturs nach 12 Jahren vorzulegen.

**TOP 5      Bericht über den Stand der Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe**

**Vorlage L 154/G202**

---

Herr Fries kritisiert, dass es jetzt schon kaum noch Wahlmöglichkeiten in der Sek. II gebe. Frau Voigt (GSV) erklärt, dass die GSV die Profiloberstufe und das Zentralabitur ablehnen. Herr Rohmeyer bittet um eine Änderung in der Vorlage auf S. 2 unter Pkt. 4, statt in Jg. 12 soll es „Jg. 11 bzw. 12“ heißen und beantragt, den Beschlussvorschlag um folgenden Satz zu ergänzen: „einschließlich eines Konzeptes für den Bildungsgang „12 Jahre bis zum Abitur““. Herr Fries fragt, was mit der Erhöhung der Belegpflichten in Kunst und Musik gemeint sei. Frau Schröder-Klein weist daraufhin, dass die Regelungen im Sinne der KMK-Auflagen erfolgen. Dies gelte insbesondere für die Fächerwahlen und Belegverpflichtungen. Herr Hensel

(SSR Bhv) fragt, wie durch weniger Anwahlmöglichkeiten die Qualität gesichert werden solle. Herr Mützelburg kritisiert, dass das Konzept „Abitur nach 12 Jahren“ nicht mit dem hier vorgelegten Vorstellungen zusammen passe. Frau Biermanns ZEB ergänzt, dass die Beschlusslage zur Schulentwicklung Abitur nach 12 Jahren für alle Probleme bereiten werde.

### **Beschluss:**

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht über den derzeitigen Planungsstand bzgl. der Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe zur Kenntnis und bittet den Senator für Bildung und Wissenschaft um eine Beschlussvorlage zur Sitzung der Deputation im Januar 2003 einschließlich eines Konzeptes für den Bildungsgang „12 Jahre bis zum Abitur“.

---

**TOP 6 Errichtung von offenen Ganztagschulen im Lande Bremen Vorlage L 155/G204**

Frau Hövelmann begrüßt diese Schritte zum weiteren Ausbau von Ganztagsangeboten. Herr Mützelburg kritisiert, dass nur der Minimalstandard gewählt werde. Besser wäre es, wenn Schulen ihr Modell selbst wählen könnten. Er stellt folgenden Antrag: „Alle Grund- und Sek. I-Schulen können sich bis zum 23.12.02 als Ganztagschule bewerben. Die Schulen schlagen vor, welches Modell der Ganztagschule gemäß KMK-Beschluss sie umsetzen wollen.“ Herr Lückert antwortet, dass der Ressourcenrahmen zunächst nur ein offenes Ganztagsangebot ermögliche. Herr Rohmeyer bittet darum, alle Anträge der Schulen an die Deputierten weiterzugeben und weist auf die Notwendigkeit von kurzen Bewerbungsfristen hin. Senator Lemke sagt dieses zu. Er schlägt vor, den Beschlussvorschlag um einen 4. Punkt zu ergänzen: „Die Deputation für Bildung geht davon aus, dass bisher bestehende Angebote in Horten, die durch offene Ganztagsangebote nicht abgedeckt werden, erhalten bleiben.“

### **Beschlüsse:**

Der Antrag von Herrn Mützelburg wird bei einer Fürstimme von Bündnis 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Gegen die Stimme von Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird beschlossen:

1. Die staatliche Deputation für Bildung stimmt der strukturellen und den inhaltlichen Planungen der offenen Ganztagschulen zu.
2. Die staatliche Deputation für Bildung bittet um einen Bericht über die Planung und Einrichtung von offenen Ganztagschulen in der Stadt Bremerhaven.
3. Die städtische Deputation für Bildung nimmt den Sachstand zur Kenntnis und stimmt der Einrichtung von 6 offenen Ganztagschulen im Primarbereich und 4 offenen Ganztagschulen im Sekundarbereich I zum Schuljahr 2003/04 in der Stadtgemeinde Bremen zu und bittet um einen weiteren Sachstandsbericht nach dem Bewerbungsende.
4. Die Deputation für Bildung geht davon aus, dass bisher bestehende Angebote in Horten, die durch offene Ganztagsangebote nicht abgedeckt werden, erhalten bleiben.

---

**TOP 7 Prüfungsanforderungen für die berufsbildende Fachrichtung Elektrotechnik-Informatik und die berufsbildende Fachrichtung Metalltechnik im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an öffentlichen Schulen Vorlage L 156**

Herr Bürger fragt, ob es Planungen zur Ausbildung von Lehrkräften mit kaufmännischer Fachrichtung gebe. Er bittet um eine Darstellung der Problematik. Herr Brumma fragt, welche Kooperationen es diesbezüglich mit der Universität Oldenburg gebe. Senator Lemke sagt eine Beantwortung der Fragen zur nächsten Sitzung zu.

### **Beschluss:**

Die Deputation für Bildung nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

---

**TOP 8 Maßnahmen und Zeitplan zur Umsetzung der Senatsbeschlüsse vom 10.09.02 Vorlage L 157/G205**

Herr Kohle PR-Sch Bhv fragt nach der Zuweisung der Mittel für Bremerhaven. Er kritisiert, dass die spezifischen Bedingungen Bremerhavens nicht berücksichtigt seien und bittet um frühzeitige Beteiligungen. Frau Jansen antwortet, dass die Bremerhavener Mittel entsprechend der Mittel für Landes- bzw. kommunale Aufgaben bemessen worden seien. Frau Voigt (GSV) erklärt, dass die GSV die Koalitionsbeschlüsse ablehne. Sie fragt, was in den Erziehungsverträgen geregelt werden solle. Frau Ders (GSV) fragt, was die Sanktionen bewirken sollen. Herr Lückert antwortet, dass die Entwürfe für Erziehungsverträge der Deputation vorgelegt werden, wie dies mit den Vereinbarung mit volljährigen Schülern erfolgt sei. Frau Kiese (ZEB) fragt, warum das Papier schon vorliege bevor die Arbeitsgruppen des Runden Tisches die Arbeit haben. Herr Mützelburg kritisiert, dass viele Maßnahmen ohne ausgearbeitetes Konzept beschlossen werden. Er weist auf die Bürgerschaftsanfrage zur Neuregelung der Lehrerarbeitszeit hin. Dies sei besonders wichtig, da eine große Anzahl von Neueinstellungen bevor stünden. Herr Rohmeyer begrüßt die Vorlage, mit der die Maßnahmen und deren Umsetzungen transparenter würden. Großes Ziel sei die Unterrichtsverbesserung. Senator Lemke weist darauf hin, dass viele Einzelmaßnahmen im Interesse der Kinder schon angeschoben worden seien. Für eine Ausweitung sei jetzt auch die Finanzierung im kommenden Jahr sichergestellt. Die Vorschläge des Runden Tisches und dessen Arbeitsgruppen werden auch weiterhin einbezogen, eine Reihe von Fragen seien ja noch zu klären.

#### **Beschluss:**

Die Deputation für Bildung nimmt den Maßnahmen- und Zeitplan zur Umsetzung der Senatsbeschlüsse vom 10.09.02 zur Kenntnis und bittet um einen zusammenhängenden Sachstandsbericht zum Januar 2003.

---

#### **TOP 9 Haushalt 2002 Haushaltsmäßige Umsetzung der Neuordnung Vorlage L 158/G 206 von bisher abgeordneten Lehrkräften an andere Ressorts**

---

Herr Mützelburg erklärt, dass der Senat die Verantwortung habe, dass die NAP auch weiterhin gut vorbereitet werde. Herr Köttgen antwortet, dass dies im Kulturressort geregelt werden müsse.

Herr Meinken erklärt, dass Kultur zur Zeit die Umsetzung der Stellen im eigenen Ressort bisher nicht regeln können. Er schlägt daher vor, den Beschlussvorschlag um folgenden Zusatz zu erweitern: "Soweit dies im laufenden Jahr nicht möglich sein sollte, ist die Deputation mit einem budgetmäßigen Ausgleich auf Basis der tatsächlich angefallenen Kosten 2002 einverstanden. Sie erwartet aber eine Budget- und Stellenverlagerung spätestens zum 01.02.03."

Herr Mützelburg erläutert, dass er sich bei der folgenden Abstimmung enthalten werde, da er nicht die Abschaffung der Nichtabiturientenprüfung an der VHS befürworte und befürchte, eine andere Abstimmung könne so interpretiert werden.

#### **Beschluss: Bei 1 Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Die Deputation für Bildung stimmt den dargestellten Budget- und Zielzahlverlagerungen rückwirkend zum 01.01.2002 zu. Soweit dies im laufenden Jahr nicht möglich sein sollte, ist die Deputation mit einem budgetmäßigen Ausgleich auf Basis der tatsächlich angefallenen Kosten 2002 einverstanden. Sie erwartet aber eine Budget- und Stellenverlagerung spätestens zum 01.02.03.

---

#### **TOP 10 Haushalt 2002 Nachbewilligung für Privatschulen**

**Vorlage L 159**

---

Herr Brumma und Herr Rohmeyer bitten um einen Bericht über die Privatschulen im Lande Bremen, dabei sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Schulgeldentwicklung
- Verbleiberquote
- Öffnung zum Stadtteil
- Einsparungen des Landes durch den Besuch von Privatschulen
- Arbeitsverhältnisse der Lehrkräfte

- Beteiligung von Eltern und Schülern
- Mitbestimmungen der Beschäftigten

**Beschluss:**

Die Deputation für Bildung stimmt den o.g. Nachbewilligungen in Höhe von 420.000 Euro zu.

**TOP 11      Beratungsschwerpunkte der 299. Plenarsitzung der Ständigen      Vorlage L 160**  
**Konferenz der Kultusminister u. –senatoren der**  
**Länder in der Bundesrepublik Deutschland am 17./18. Oktober**  
**2002 in Würzburg**

---

**Beschluss:**

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

**TOP 12      Änderung des Schulgesetzes und des Schulverwaltungsgesetz-      Vorlage L 161**  
**zes**

---

Senator Lemke erklärt, dass es sein Ziel sei, dass die Lehrkräfte ab Klassen 5 einen intensiven Dialog mit den Eltern führen. Sollte es dann am Ende der Klassenstufe 6 zu keinem Konsens über den weiteren Weg der Kinder kommen sollten die besten Prüfungsverfahren genutzt werden. Frau Biermanns (ZEB) kritisiert, dass der Elternwille ausgehebelt werde. Deshalb sei der ZEB zum gegenwärtigen Zeitpunkt dagegen. Herr Mützelburg kritisiert, dass diese Regelung nur notwendig wird, weil wir ein System haben, welches zur Auslese zwingt. Er befürchtet, dass diese Regelung zu weniger Bildungsbeteiligung führen werde. Es gebe Fälle von Schülern, die trotz negativer Einschätzung der Lehrer erfolgreich wären. Außerdem widerspräche es der Diskussion am Runden Tisch. Frau Voigt (GSV) erklärt, dass die GSV gegen ein selektives System sei, deshalb auch gegen diese Regelung, besonders wenn die OS abgeschafft werde. Herr Brumma erklärt, dass dieses Verfahren unter den gegebenen Umständen zu akzeptieren sei und weist auf die Wichtigkeit der Beratungsgespräche hin. Herr Bürger begrüßt das vorgeschlagene abgestufte Verfahren und die vorgesehene Prüfung in Konfliktfällen. Frau Kiese (ZEB) befürchtet, dass die z. T. mangelnde Diagnosefähigkeit der Lehrer zum Abschieben von Schülern führen werde. Die Lehrerausbildung sollte in diese Richtung verbessert werden.

**Beschluss:**

Die Deputation für Bildung nimmt den vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Schulgesetzes und des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes zur Kenntnis und stimmt dem vorgeschlagenen Verfahren zu.

---

Senator

Sprecher

Protokollantin